

Bundesamt für Sport  
z.H. Markus Feller  
Hauptstrasse 245-253  
2532 Magglingen

Institution Wakonda GmbH  
Höheweg 70  
CH-3097 Liebefeld  
Telefon +41 31 972 38 61  
Fax +41 31 972 41 47  
Mobil +41 79 226 57 19  
sekretariat@wakonda.ch  
www.wakonda.ch

Liebefeld, 27. März 2012

## **Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten; Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Feller

Für die Gelegenheit, zu der genannten Vorlage eine schriftliche Stellungnahme einzureichen, bedanke ich mich herzlich.

Die neue Verordnung hat auf den Fortbestand der Institution Wakonda, markante Auswirkungen. Im folgenden Schreiben will ich als Institutionsinhaber und Gründungsmitglied des Verbandes ERBINAT darauf Stellung nehmen.

Zuerst möchte ich die Institution Wakonda GmbH und den Verband ERBINAT als Grundlage meiner Stellungnahme vorstellen:

### **Institution Wakonda GmbH:**

Die Institution Wakonda besteht seit 1988, mit Sitz in Liebefeld bei Bern. Im Jahr 2013 feiern wir ein 25 Jahre-Jubiläum.

Wir bieten Aus- und Weiterbildungen, Seminare, Projekte und Schulungen in den Bereichen Erlebnispädagogik, Erlebnisandragogik, Waldprojektleitung, Kader- und Teamschulungen, Erwachsenenbildner Zertifikat Stufe 1, Erlebnis- und Survivalkurse, in der Schweiz an.

Seit längerer Zeit pflegen wir eine Zusammenarbeit mit dem grössten Ausbildungsverbund login (Lehrlinge der SBB, BLS, andere öV-Firmen) der Schweiz und der Waldarena/Naturpark Gantrisch. Diese Schulungen und Aktivitäten setzen wir in Gebieten um, die über 800 Meter über Meer sind.

### **ERBINAT:**

Der Schweizerische Fachverband Erleben und Bildung in der Natur vertritt über 70 Organisationen und Einzelpersonen, welche in der Natur Aktivitäten zur



Bildung und Betreuung von Menschen durchführen. Darunter sind auch alle spezialisierten Ausbildungsinstitutionen aus den Bereichen Natur- und Erlebnispädagogik, naturbezogene Umweltbildung, Outdoor Education und Natur- und Waldspielgruppen sowie Waldkitas und –Kindergärten.

### **Vorgeschichte, betreffend der Verordnung**

Mit Interesse habe ich vom Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten Kenntnis genommen. Der frühzeitige Kontakt von ERBINAT mit dem Bundesamt für Sport liessen mich davon ausgehen, dass meine und die von Mitgliedern von ERBINAT angebotenen Tätigkeiten, die keine Risikoaktivitäten im engeren Sinn darstellen, von der Gesetzgebung höchstens am Rande betroffen sind. Mit diesem Hintergrund und nach dem Studium von Gesetz, zugehöriger Verordnung und Kommentar bin ich erstaunt und besorgt darüber, dass der Geltungsbereich des Gesetzes mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf so stark ausgedehnt wurde. Nach meinem Verständnis zielte das Gesetz darauf ab, Aktivitäten mit erhöhtem Risiko- oder Gefahrenpotential wie das Unterwegssein im Hochgebirge, Canyoning, River Rafting und Bungee Jumping zu regeln. Dagegen musste ich nun auch, risikoarme Aktivitäten wie Wandern und Trekking, leichte Schneeschuhtouren, Bachbegehungen und weitere Aktivitäten, wie sie auch Erlebnis- und NaturpädagogInnen oder ich für die Kader- und Teamschulung regelmässig betreiben, in der Verordnung vorfinden. Unklar ist auch, in welchem Ausmass Aktivitäten wie das Leiten von Schulungen mit Erwachsenen oder Umsetzen von Konfirmandenlager, aber auch das Leiten von Schul-Exkursionen durch diese Verordnung betroffen werden.

In diesem Sinne lehne ich den Verordnungsentwurf in der vorliegenden Version ab.

### **Hinweise zur Systematik**

Insgesamt mangelt es sowohl dem Gesetz als auch der Verordnung und dem Kommentar an einer Systematik, die eine zuverlässige Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. So ist unklar, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten und die geografischen Orte (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Es stellt sich die Frage, ob sämtliche gewerbsmässigen Tätigkeiten in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur, wenn sie in das Tätigkeitsfeld von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen, KletterlehrerInnen oder WanderleiterInnen fallen. Gerade bei letzteren ist aber keine genaue Abgrenzung zu weiteren Tätigkeiten in der Natur wie Erlebnispädagogik, Outdoor Education, Natur- und Waldpädagogik oder Umweltbildung möglich. Damit besteht für wichtige pädagogische und andragogische Handlungsfelder eine grosse Unsicherheit, ob und zu welchen Bedingungen sie bewilligungspflichtig und bewilligungsfähig sind.



## Hinweise zum Geltungsbereich und zu den Begriffsdefinitionen

Ich beantragen daher, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko analog den Beispielen, die der Gesetzgeber bereits genannt hat. Darunter fallen meines Erachtens:

- das Unterwegssein im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein.
- das Klettern in Mehrseillängenrouten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll BergführerInnen und KletterlehrerInnen vorbehalten sein.
- das Unterwegssein im Gebirge bei schneebedecktem Gelände und einer Hangneigung über 30 Grad. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und -lehrern vorbehalten sein (ab WT 4).
- Canyoning gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. d). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführerinnen und Bergführern mit Canyoning-Ausbildung vorbehalten sein;
- River-Rafting gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. e). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Wildwasserfahrten gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. f). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Bungee-Jumping gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. g). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein.

Sämtliche übrigen Tätigkeiten wie beispielsweise Wandern, Sommer- und Wintertrekking auch in weglosem, aber nicht absturz- oder lawinengefährdeten Gelände oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sowie Klettern in Klettergärten sollen weiterhin ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen, weil:

- sie keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes sind;
- die Natur als Bildungs-, Entwicklungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein soll;
- diverse anerkannte (Weiter-)Bildungs- und Betreuungsformen auf den freien Zugang zur Natur angewiesen sind;
- ein vielfältiges Angebot im Bereich Bildung und Erleben in der Natur die Gesellschaft und den Markt bereichert;



- die gesundheits- und entwicklungsfördernde Wirkung von Natur vermehrt anerkannt und genutzt werden soll;
- Schulen, soziale Institutionen, psychiatrische Kliniken und ähnlichen Einrichtungen weiterhin mit ihren pädagogischen und therapeutischen Konzepten in der Natur arbeiten können sollen, um ihre Wirkungsziele zu erreichen;
- Ferien- und Weiterbildungsangebote in der Natur weiterhin bewilligungsfrei organisiert werden können sollen.

Die Begleitung von Personen in der Natur wird sowohl im Tourismus als auch im Bereich der Bildung und Betreuung in vielgestaltigen Formen gewerbsmässig eingesetzt. Von diesem Hintergrund aus erscheint es mir fraglich, ob diese Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit noch verhältnismässig und damit zulässig wäre.

In diesem Sinne beantrage ich die Streichung der Tätigkeit der WanderleiterInnen als bewilligungspflichtig aus der RiskV. Das Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten nennt in Art. 1 Abs. 2 die WanderleiterInnen nicht explizit als Berufsgruppe. Insofern liegt es im Ermessen der Vollzugsverordnung, ein weiteres Berufsfeld dem Gesetz zu unterstellen, wobei sich der Bundesrat an den objektiven Gefahren, die bei der Aktivität zu erwarten sind, zu orientieren hat (Art. 1 Abs. 3). Ich bezweifle, dass die Vergleichbarkeit der WanderleiterInnen zu den anderen im Gesetz explizit genannten Risikoaktivitäten gegeben ist. So nennt die Notfallstatistik des SAC für das Jahr 2010 gerade mal 2 tödliche Bergunfälle von Schneeschuhläufern von insgesamt 124 tödlichen Unfällen in der Schweiz. Angesichts der Tatsache, dass sich nur 18 Todesfälle im Rahmen von geführten Touren ereigneten, die allermeisten tödlichen Bergunfälle aber beim Bergwandern, Hoch- und Skitouren passieren, ist eine erhöhte objektive Gefahr der Aktivität Schneeschuhlaufen oder Wintertrekking nicht erkennbar. Somit ist die Bewilligungspflicht für diese Aktivitäten nicht nachvollziehbar.

In diesem Zusammenhang begrüsse ich die Definition von Wildwasserfahrten, welche weder Kanu- noch Kajakfahrten umfasst.

Im Weiteren bin ich der Überzeugung, dass die Einschränkung von Risikoaktivitäten anhand von bestimmten Merkmalen des Geländes nicht zielführend ist, wie das folgende Beispiel zeigt:

Die Definition von Bach- und Flussgebieten als gesamte Geländekammer, in der sich ein oberirdisches Fliessgewässer befindet (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bst. c des Verordnungsentwurfs), impliziert, dass überall in jenen Gebieten ein erhöhtes Risiko durch anschwellende Wassermassen (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) besteht, was nicht zutreffend ist und zu einer unzulässigen Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes unabhängig einer konkreten Risikoexposition führt. Hier ist eine Einschränkung auf die unmittelbare Gefahrenzone im und am Wasser nötig.

Ähnliches gilt für die Definition von gebirgigem Gelände, welches gemäss Verordnungsentwurf sämtliche Gebiete ab Bergzone II umfasst. Damit fallen beispielsweise auch grosse Gebiete der voralpinen Hügellandes und der



Voralpen sowie fast der gesamte Jurabogen unter diese Definition, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.

### **Hinweise zu den Bewilligungen (Art. 5 – 8 des Verordnungsentwurfs)**

Im vorliegenden Verordnungsentwurf werden nebst dem im Gesetz genannten Tätigkeiten von BergführerInnen sowie SchneesportlehrerInnen auch die gewerbsmässige Tätigkeit als Wanderleiterin bzw. Wanderleiter sowie als Kletterlehrerin bzw. Kletterlehrer reglementiert. Dies läuft der Systematik der Gesetzgebung, wonach ausschliesslich zu regeln ist, was einer Bewilligung bedarf, zuwider bzw. weitet den Geltungsbereich des Gesetzes weit über das vom Gesetzgeber vorgesehene Mass hinaus aus (vgl. auch die Hinweise zum Geltungsbereich).

Wenn das Ziel dieser zusätzlichen Reglementierung die Gleichbehandlung von BergführerInnen und SchneesportlehrerInnen mit WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen ist, wie das im Kommentar zum Verordnungsentwurf beschrieben ist, müssten konsequenterweise auch weitere Berufsbilder reglementiert werden, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, wenn auch mit anderer Zielsetzung. So setzen insbesondere Erlebnispädagogen und Erlebnispädagoginnen Klettern, Trekking, Schneeschuhtouren, Bachbegehungen und Wanderungen als pädagogische Methoden ein. Dazu weisen sie in der Mehrzahl spezifische Aus- und Weiterbildungen aus, die auch Risikomanagement und Sicherheitsfragen umfassen. Eine entsprechende Nachdiplomstudium auf dem Niveau höhere Fachschule wurde kürzlich vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) anerkannt. Ähnliches gilt für Therapeutinnen und Therapeuten, die in der Natur arbeiten, sowie für Naturpädagoginnen und Naturpädagogen, welche in der Natur unterwegs sind, um Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zu betreiben. Auch sie verfügen häufig über spezifische Zusatzausbildungen, die zum Teil staatlich anerkannt oder gefördert werden.

Eine Ausbildung zur WanderleiterIn oder zur KletterlehrerIn wäre für die Tätigkeit als ErlebnispädagogIn, NaturpädagogIn und -TherapeutIn nicht zielführend. Diese Ausbildungen sind geeignet, um Angebote mit touristischem Charakter machen zu können, bei denen das Führen des Gastes im Zentrum der Tätigkeit steht. PädagogInnen und Pädagogen brauchen jedoch andere Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie müssen eine Aktivität in der Natur in Abhängigkeit von der pädagogischen Zielsetzung planen und durchführen können. Dabei sind sie auf den Zugang zu unterschiedlichen Naturräumen (wie Berge, Wälder, Bäche, Hochebenen, etc.) angewiesen. Tätigkeiten mit erhöhtem Risiko, wie sie im Gesetzestext als Bergführertätigkeit oder Risikoaktivitäten beschrieben werden (vgl. oben) sind keine typischen Tätigkeiten von Erlebnis- und Naturpädagogen. Vielmehr müssen gemässigte Touren in Wäldern, Bächen, Schnee und Bergen möglich sein, die keine technische Ausrüstung erfordern und objektiv betrachtet kein wesentlich erhöhtes Risiko aufweisen. Entsprechend muss eine



erlebnispädagogische Ausbildung generalistisch ausgerichtet sein und nicht spezifisch auf eine Tätigkeit vorbereiten.

Sollte also an der über SchneesportlehrerIn und BergführerIn hinausgehende Reglementierung von Berufen festgehalten werden, ohne das zusätzliche bewilligungsfreie Aktivitäten (z.B. Klettern und Abseilen bis zu einer Seillänge oder Schneeschuhtouren und Wintertrekking bis WT 3) eingeführt werden, müsste zudem eine dienliche Lösung gefunden werden für alle Personen, welche im Bereich Betreuung und Bildung gewerbsmässig in der Natur arbeiten. Dies analog der im Verordnungsentwurf genannten KletterlehrerInnen, welche auch keine Berufsanerkennung des BBT kennen. Ich selber und der Schweizerische Fachverband Erleben und Bildung in der Natur (ERBINAT) würde bei der Definition entsprechender sicherheitstechnischen Anforderungen fachliche Unterstützung bieten. Fest steht, dass die im Verordnungsentwurf genannten Ausbildungen als WanderleiterIn und als KletterlehrerIn zum Beispiel für die Tätigkeit als Erlebnis- oder NaturpädagogIn weder hinreichend noch besonders nützlich sind.

### **Sichtweise und Konsequenzen für das Bestehen der Institution Wakónda GmbH**

Betreffend der Umsetzung der neuen Verordnung hat die Institution Wakónda GmbH folgende Sichtweisen und hätte für sie folgende Konsequenzen:

1. Mit der definierten Verordnung mit den Berufs- oder Tätigkeitsgruppen BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen, KletterlehrerInnen oder WanderleiterInnen, stellt zudem gegenüber anderen Outdoor-Arbeitenden (Erlebnispädagogen, etc.) ein Kartell dar. Dies Kartell wird mit dieser Verordnung sogar noch geschützt! Dies würde zu einer Berufsfeldverlust führen oder zur Beschneidung der Gewerbefreiheit.
2. Die Institution Wakónda führt seit 1995 Modulen in Projekt- Sicherheits- und Umweltmanagement und 1. Hilfe im Outdoorbereich in den Aus- und Weiterbildungen durch. Im Jahr 2002 war sie die erste Institution im Outdoorbereich, die eine EduQua-Anerkennung im Weiterbildungsbereich hatte. Auch in den Leadership/Führungsausbildungs-Modulen steht für die Teilnehmenden die Sicherheit aller Personen bei der Umsetzung ihrer Outdoor-Kursen im Vordergrund. Durch die EduQua-Rezertifizierung bin ich immer wieder aufgefordert, die Lehrstoffe zu überprüfen und methodisch anzupassen. Die Institution selber und die Kursumsetzungen der Aus- oder Weiterbildungsteilnehmenden, zeigten kein einziger Fall auf, in dem Personen in erhöhten Risiken standen. Dies führe ich auf das sehr gute Aus- oder Weiterbildungsniveau der Institution zurück.

Das Einbringen einer solchen Verordnung weist für mich auf, dass der Bund sich nicht über den Ausbildungsstand der Outdoor-Weiterbildungsinstitutionen informiert hat. In diesem Punkt bin ich der Meinung, dass der Bund zusammen mit dem Verband ERBINAT diese Lücke schliessen sollte. Wenn nicht, bzw. die Verordnung würde im herkömmliche Sinne umgesetzt, würde dies mein langjähriges Bestreben und Aufrechterhalten des hohen Bildungsniveau in den Aus- und Weiterbildungen in Projekt-, Sicherheits- und



Umweltmanagement zunichte machen. Meine Gewerbefreiheit wäre somit massiv eingeschränkt.

3. Zu 60% setzen wir unsere Schulungen (login) und Angebote (Naturpark Gantrisch) auf Kursplätzen um, die eine Höhe von +/- 1000 Meter über Meer aufweisen. Nach der neuen Verordnung wäre dies nicht mehr möglich. Dies würde der Institution Wakonda GmbH einen finanziellen Verlust von 70% des Gesamtumsatzes ausmachen. Somit wäre die Existenz der Institution beendet! Ob das das Ziel der Verordnung ist?
4. Seit über 10 Jahren ist die Institution Wakonda GmbH Mitglied im Förderverein Gantrisch, der sich für die Aktivitäten im Naturpark Gantrisch einsetzt. Eine längere Zusammenarbeit besteht mit der Waldarena Gantrisch, die ein Teilbereich des Naturparks ist. Zusammen sind wir bestrebt, im Park naturnahe Aktivitäten im Wald anzubieten und um zu setzten. Nach der neuen Verordnung wäre dies nicht mehr möglich und würde die jahrelange Aufbauarbeit zunichte machen!

Irritierend ist, der Bund fördert mit Geld den Betrieb des Naturparks auf 10 Jahren hinaus. Mit der Verordnung aber, unterbindet er die Förderung. Dies ist sehr widersprüchlich und schränkt zudem die Gewerbefreiheit massiv ein!

### Schlussbemerkung

Schliesslich will ich mein Unbehagen darüber Ausdruck verleihen, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf nach meiner Einschätzung vorwiegend der Standespolitik oder Kartellbestreben, nämlich dem Schutz von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen und von deren Verbänden angebotenen Ausbildungen dient. Würde die in den Kommentaren zu Gesetz und Verordnung erwähnte Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote im Vordergrund stehen, müssten die nicht gewerbsmässigen Angebote wie beispielsweise diejenigen von Jugend und Sport oder SAC wohl auch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen. Allerdings bin ich mir bewusst, dass dieser Grundsatz bereits im Gesetz statuiert ist und demnach nicht mehr angetastet werden kann.

Gerne bin ich im Rahmen meiner Möglichkeit bereit mich aktiv an einer Neuformulierung der Verordnung einzubringen.

Freundliche Grüsse

EDUQUA



Jürg Schär  
Inhaber  
Institution Wakonda GmbH